

Alte Probleme - neue Lösungen

vom 8. September 2016

Aus der Redaktion der Zeitung für Lübz – Goldberg – Plau

Plauer Seniorenbeirat zieht Bilanz: Erste Erfolge bei mehr Barrierefreiheit, Wohnen und Medizinische Versorgung bleiben „harte Brocken“

- Teilen
- Twittern
- Teilen
- 0
- Mailen
-



1 von 1

Der Fachärztemangel führt dazu, dass Patienten oft weite Wege fahren müssen. Gerade Ältere, die auf öffentliche Fahrgelegenheiten angewiesen sind, sind dann überfordert.

Foto: Mascha Brichta

1 von 1

Seit einigen Monaten ist es ungewohnt ruhig um den Plauer Seniorenbeirat. Doch der Schein trügt: Hinter den Kulissen haben sich die Mitglieder weiter für die Interessen älterer Einwohner der Stadt und des Amtes Plau stark gemacht. Barrierefreiheit, altengerechtes Wohnen, medizinische Fachärzteversorgung – neben manchmal nicht viel weniger wichtigen „Nebenschauplätzen“ hat das Bemühen des Beirats insbesondere diese drei Schwerpunkte.

In punkto Barrierefreiheit mahlen die Mühlen zwar langsamer und weniger als es sich der Beirat wünschte. Doch sei inzwischen mit der Kennzeichnung des Fußgängerüberwegs Ecke Burgstraße/Steinstraße mit Alunägeln ein positives Zeichen gesetzt. „Wegen vieler ‚Seh-Eingeschränkter‘ haben wir der Verwaltung jedoch vorgeschlagen, zusätzlich auch den Bordstein noch farbig zu gestalten“, erklärte Beiratsvorsitzender Rainer Nissler und übt damit einmal mehr Kritik an der Ignoranz einiger Kraftfahrer.

Im Sky-Markt, so aktuellste Auskünfte von Unternehmensseite, solle noch in diesem Jahr das (versprochene) WC eingebaut werden. Ob die Senioren zudem mit ihrem Vorschlag durchkommen, eine Toilette auch bei der geplanten Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes zu berücksichtigen, bleibt abzuwarten. Abgelehnt sei der Vorschlag bislang aber nicht, so Rainer Nissler.

Noch nicht entschieden ist, ob in Höhe der SeniorenWohnanlage „Hubbrücke“ in die Fahrbahn eine Schwelle eingebaut werden kann, um vorbeifahrende Fahrzeuge zum defensiveren Fahren zu zwingen. Denkbar aus Sicht des Beirates wäre es auch, das vorhandene 10-km/h-Schild an der Brücke schon an der Einmündung Dammstraße/Bergstraße zu platzieren. Abgesehen davon, sind sich die Senioren einig, wäre es notwendig, die Geschwindigkeit in diesem Bereich gelegentlich zu kontrollieren.

Weil (auch) Plaus Einwohner immer älter werden – 2025 werden laut Statistik 46 Prozent von ihnen zwischen 60 und 75 Jahren alt sein – hat der Beirat das Wohngebiet „Vogelsang“ im Visier. „Die Wohnsituation hier kann für ältere und behinderte Bürger nur durch den Einbau von Fahrstühlen verbessert werden“, formuliert Nissler die Überlegungen des Beirates. Da Aufwand und Kosten immens seien, wird vorgeschlagen, stattdessen den Standort Friedensstraße zu untersuchen. Für beide Wohngebiete werden momentan Sanierungskonzepte erarbeitet, die neben energetischen auch soziale Kriterien berücksichtigen sollen. Förderung kommt von Land und Bund.

Bei all ihren Analysen, Kritiken und Vorschlägen versteht sich der Seniorenbeirat nach wie vor lediglich als beratendes Gremium, das allerdings gehört und ernst genommen werden möchte. Ob der Plauer Seniorenbeirat an der Front der medizinischen Fachärzteversorgung auf verlorenem Posten kämpft, bleibt abzuwarten. Sein Vorstoß, die vorhandenen Ressourcen des MediClin Krankenhauses und der KMG Klinik Silbermühle in ausgewählten Disziplinen für den ambulanten Bereich zu öffnen, hat jedenfalls noch nicht gezündet. Nachdem sich die Sozialministerin selbst schon 2015 zu mehr ambulanter Versorgung durch die stationären Einrichtungen, sprich also Krankenhäuser vor Ort positionierte, scheinen andere das Zünglein an der Waage zu sein. Zehn, vielleicht 15 Jahre sei es her, dass der Chefarzt der Kardiologie den Sitz für eine Ambulanz in der KMG-Klinik beantragt hatte, berichtete deren Klinik-Geschäftsführerin Manuela Richter schon bei einer Diskussionsrunde des Seniorenbeirates im April, bei der die mangelnde Fachärzteversorgung das zentrale Thema war. Massive Gegenwehr sei damals von den niedergelassenen Ärzten gekommen, wusste Richter zu berichten. Inzwischen habe die Klinik diese Kapazitäten nicht mehr; alle 100 Plätze sind zu. Der Zug scheint also abgefahren.

Die Sozialministerin schrieb den Plauern, sie schaue hoffnungsvoll zum Bundesausschuss, der bis Dezember die neue Bedarfsplanung, insbesondere die in der Fläche, erarbeitet. Inwieweit da kommunale Instanzen mit einbezogen würde, bliebe jedoch offen. Zünglein an der Waage könnte die Kassenärztliche Vereinigung sein. Sie müsse die belastbaren Zahlen analysieren. Würde eine ambulante Unterversorgung bei gleichzeitigem Bedarf bei bestimmten Krankheitsbildern festgestellt, bestünde Handlungsbedarf. Vorausgesetzt, Berlin ist an einer gesellschaftlichen Lösung interessiert, gehen die Plauer genau von diesem Ergebnis aus. „Und wir bleiben dran“, so Rainer Nissler.